

Krieg kostet Wohlstand

Der Konflikt zwischen den USA und Iran bringt die hiesige Wirtschaft in diesem und im nächsten Jahr um ein gutes Stück Wachstum.

Der Iran-Krieg und der dadurch ausgelöste Energiepreisschock bremsen die Erholung der deutschen Wirtschaft deutlich, stoppen sie aber nicht komplett. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte in diesem Jahr um 0,6 Prozent und 2027 um 0,9 Prozent wachsen. Die Voraussetzungen: Der Krieg eskaliert nicht weiter, die Energielieferungen durch die Straße von Hormus normalisieren sich im weiteren Jahresverlauf, die Öl- und Gas-Infrastruktur der Golfstaaten wird substanziiell nicht weiter beschädigt, die Europäische Zentralbank (EZB) erhöht die Leitzinsen allenfalls moderat. Von diesem Szenario geht das IMK in seiner neuen Konjunkturprognose aus. Falls sich die Ankündigungen um einen Rahmenvertrag zum Frieden zwischen den USA und Iran als belastbar erweisen, wäre auch mehr Wachstum drin.

Nachdem sie in den ersten Monaten stark angestiegen sind, werden die Energiepreise im IMK-Hauptscenario bis zum Jahresende 2026 sinken. Die Inflation ist im Jahresmittel 2026 zwar mit 2,8 Prozent deutlich höher als zum Jahresauftakt erwartet und wird insbesondere den privaten Konsum belasten – so stark, dass davon in diesem Jahr kaum ein Beitrag zum Wirtschaftswachstum ausgeht. 2027 läge die Teuerung mit 2,3 Prozent aber wieder deutlich näher am Inflationsziel der EZB. Die positiven Impulse durch die erhöhten staatlichen Investitionen werden im laufenden Jahr vom Energiepreisschock überlagert, im kommenden Jahr aber wieder stärker das Wachstum antreiben, weil sie auch die privaten Ausstattungsinvestitionen stimulieren. Die Arbeitslosenquote steigt in diesem Jahr um 0,1 Prozentpunkte auf durchschnittlich 6,4 Prozent, um 2027 wieder auf 6,3 Prozent zu sinken.

Gegenüber seiner vorherigen Prognose vom März reduziert das IMK die Wachstumserwartung beim BIP für 2026 um 0,3 Prozentpunkte, für 2027 um 0,7 Prozentpunkte. „Der wirtschaftliche Schaden durch den Iran-Krieg ist erheblich, aber halbwegs beherrschbar, wenn sich der Konflikt nicht noch etliche Monate hinzieht“, sagt IMK-Direktor Sebastian Dullien.

Die IMK-Forschenden haben in ihrer Prognose einen vorsichtigen Ansatz gewählt und sind davon ausgegangen, dass es bei den weiteren Friedensverhandlungen zwischen den USA und Iran zu Rückschlägen kommt und die Unsicherheit über den Einigungsprozess den Ölpreis weiterhin erhöht. „Sollte sich die jüngst geschlossene Vereinbarung zwischen den USA und Iran als nachhaltig erweisen, könnte der Ölpreis allerdings schneller und weiter fallen als von uns angenommen. Dann würde auch die Inflation in Deutschland geringer und das Wachstum messbar höher ausfallen“, so Dullien. In diesem Jahr wären dann rund 0,8 Prozent Wachstum plausibel, 2027 etwas mehr als ein Prozent.

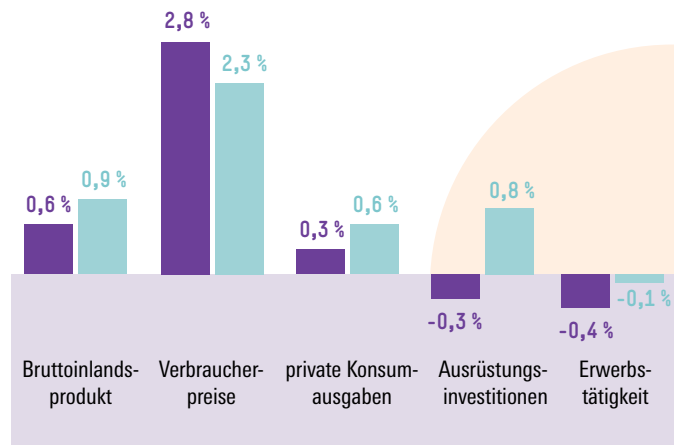
Die aktuellen Probleme seien in erster Linie Folge externer Energiepreisschocks, eines aggressiven Protektionismus in China und den USA sowie der erheblichen Auf-

wertung des Euro – und keine klassischen Probleme der preislichen Wettbewerbsfähigkeit, betont Dullien. Deutschland brauche einen Fokus auf Investitionen, Innovationen und Produktivitätssteigerungen. „Dafür sind keine Sozialreformen nötig, die die Lohnnebenkosten drücken, indem sie Lasten auf die Beschäftigten umverteilen, sondern ein ganzheitlicher industriepolitischer Ansatz. Dabei darf es keine Denkverbote geben, sondern der ganze Instrumentenkasten einschließlich Schutzzöllen auf EU-Ebene und Buy-European-Klauseln sollte diskutiert werden.“

Zudem sei es in der gegenwärtigen Situation wirtschaftspolitisch wichtig, „die Menschen nicht weiter zu verschrecken und den Konsum nicht zusätzlich zu schwächen – wie

Gebremster Aufschwung

So entwickeln sich laut IMK-Prognose 2026 und 2027 im Vergleich zum Vorjahr ...



Quelle: IMK 2026

Hans Böckler Stiftung

es durch nervöse und übertriebene Diskussionen zu Kürzungen bei Gesundheit oder Rente passiert“.

Die EZB solle sich mit Zinserhöhungen so weit wie möglich zurückhalten, raten die Fachleute des IMK. Denn noch sei es durchaus möglich, dass der Energiepreisschock temporär bleibt. Für den – aktuell unwahrscheinlichen – Fall, dass sich die höhere Inflation verfestigt, sollten die europäischen Regierungen Maßnahmen einleiten, um den Strompreis vom Gaspreis zu entkoppeln, und eine Deckelung von Energiepreisen sowie Übergewinnsteuern ins Auge fassen. Sinnvoll sei es zudem, den Verbrauch fossiler Energien zu verringern, beispielsweise durch ein generelles Tempolimit auf Autobahnen oder so viel Homeoffice wie möglich. <

Quelle: Christian Breuer u.a.: Iran-Krieg durchkreuzt Hoffnung auf schnelle Erholung Prognose-Update: Die konjunkturelle Lage zur Jahresmitte 2026, IMK-Report Nr. 201, Juni 2026 [Link zur Studie](#)